



Kartengrundlage:
 Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS) der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation, Stand: Febr. 2017

Zeichenerklärung der ALK-Daten:

- Grundstücksgrenze
- Flurgrenze
- FI.1 Bezeichnung der Flur
- 201 Flurstücksnummer

Planzeichenerklärung:

- Geltungsbereich
- Baugrenze
- GE Gewerbegebiete
- | Zahl der Vollgeschosse (als Höchstgrenze)
- 0,6 Grundflächenzahl
- 8 Baumassenzahl
- o Offene Bauweise
- Straßenverkehrsflächen
- Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
- W Wirtschaftsweg
- Flächen für Wald
- Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft
- Waldrand
- Erhaltung von Stäucher

Textliche Festsetzungen:

1. **Art und Maß der baulichen Nutzung (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB und § 9 (3) BauGB)**
 Im Gewerbegebiet sind Einzelhandelsbetriebe sowie Verkaufsstellen von Gewerbe- bzw. Industriebetrieben, die sich ganz oder teilweise an Endverbraucher wenden, nicht zugelassen. Ausnahmsweise zulässig sind nur solche Einzelhandelsbetriebe, die in unmittelbarem räumlichen und betrieblichen Zusammenhang mit produzierenden Gewerbe- bzw. Industriebetrieben stehen und nicht mehr als insgesamt 200 m² Verkaufs- und Ausstellungsfläche haben.
2. **Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen mit ihren Einfahrten (§ 9 (1) Nr. 4 BauGB)**
 - 2.1. Garagen sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.
 - 2.2. Stellplätze und deren Zufahrten sowie Nebenanlagen sind auch außerhalb der überbaubaren Flächen zulässig (§ 12 und § 14 BauNVO). Sie sind ohne Abstandsfläche jeweils unmittelbar an oder an aneinanderstoßenden Nachbargrenzen ohne Längen- und Anzahlbegrenzung gemäß § 6 Abs. 11 HBO zulässig
3. **Flächen oder Maßnahmen zum Ausgleich im Sinne des § 1a Abs. 3 BauGB**
 - 3.1. Fußwege und PKW-Stellplätze sind in wasserdurchlässiger Bauweise herzustellen. Die Versiegelung der Fugen und des Unterbaues sind nicht zulässig.
 - 3.2. Auf den Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft mit der Zweckbestimmung „Waldrand“ sind folgende Maßnahmen vorzunehmen:
 Die Fichten sind zu entfernen. Anschließend sind die Freiflächen zu bepflanzen. Die Pflanzung muss stufig in folgender Reihenfolge und in Abstimmung mit der Unteren Forstbehörde vorgenommen werden: Äußere Krautzzone (Saum), Strauchschicht (Mantel), Traufzone und Baumzone. Es darf nur herkunfts- und standortgerechtes Pflanzmaterial verwendet werden.
 Für die Strauchschicht sind zu verwenden:
 Schlehen (Prunus spinosa), Weißdorn (Crataegus spec.), Hasel (Corylus avellana), Wildrosen (Rosa spec.) u.a. blütenreiche und fruchtende Arten.

- 3.3. Die Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft mit der Zweckbestimmung „Waldrand“ und die für diese Fläche festgesetzten Maßnahmen sind den Gewerbegebieten als Sammelersatzmaßnahme gemäß § 9 Abs. 1a BauGB zugeordnet.
4. **Grünordnerische Festsetzungen (§ 9 (1) Nr. 25 BauGB)**
 Auf mindestens 10 % der Grundstücksfläche sind Pflanzflächen anzulegen. Diese Pflanzflächen sind mit standortgerechten Laubgehölzen zu bepflanzen. Pflanzungen, die aufgrund anderer Festsetzungen vorgenommen werden, sind anzurechnen.
 Erst bei Pflanzungen über diese Vorgaben hinaus können auch standortfremde Gehölze, z. B. Nadelgehölze, gepflanzt werden, jedoch nur bis zu max. 5 % der übrigen Gehölze.
 Standortgerechte heimische Gehölze sind z. B.:

Bäume:	
Rotbuche **	Fagus sylvatica
Traubeneiche	Quercus petraea
Hainbuche *	Carpinus betulus
Eberesche	Sorbus aucuparia
Stieleiche *, **	Quercus robur
Sandbirke	Betula pendula
Espe/Zitterpappel	Populus tremula

Sträucher:	
Hasel *	Corylus avellana
Salweide	Salix caprea
Hundsrose *	Rosa canina
Faulbaum	Frangula alnus

(* für heckenartige Einfriedigungen geeignet, ** Bäume 1. Ordnung)

5. **Nachrichtliche Übernahmen (§ 9 Abs. 6 BauGB)**
 - 5.1. Der Geltungsbereich liegt in der Trinkwasserschutzzone III des Tiefbrunnen Kamp, Ewersbach. Die Schutzgebietsverordnung ist zu beachten.
 - 5.2. Niederschlagswasser soll ortsnah versickert, verrieselt oder direkt oder über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden, soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften noch wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen (§ 55 Abs. 2 WHG).
 Das Abwasser, insbesondere Niederschlagswasser, soll von der Person, bei der es anfällt, verwertet werden, wenn wasserwirtschaftliche und gesundheitliche Belange nicht entgegenstehen (§ 37 Abs. 4 HWG).
 - 5.3. Bei Erdarbeiten können jederzeit Bodendenkmäler wie Mauern, Steinsetzungen, Bodenverfärbungen und Fundgegenstände, zum Beispiel Scherben, Steingeräte und Skelettreste entdeckt werden. Diese sind nach § 21 Hessisches Denkmalschutzgesetz (HDSchG) unverzüglich dem Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Archäologische Denkmalpflege, oder der Unteren Denkmalschutzbehörde zu melden.
 Funde und Fundstellen sind in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise bis zu einer Entscheidung gemäß § 21 Abs. 3 HDSchG zu schützen.
 - 5.4. Zur Vermeidung einer Gefahr vor umfallenden Bäumen ist der Waldeigentümer für die Pflege des neuen Waldrandes zuständig.
 - 5.5. Gem. § 39 Abs. 5 Nr. 2 BNatSchG darf die Baufeldvorbereitung sowie Rückschnitte oder Rodungen von Gehölzen nur im Zeitraum zwischen dem 01. Oktober und dem 28. Februar eines jeden Jahres vorgenommen werden. Wenn diese Maßnahmen außerhalb dieses Zeitraumes durchgeführt werden sollen, muss durch einen sachkundigen Ornithologen geprüft werden, ob in den Gehölzen, die gefällt werden sollen, Vögel brüten.
 Wenn dies nicht der Fall ist, können die Gehölze auch außerhalb des o.g. Zeitraumes nach Zustimmung durch die Untere Naturschutzbehörde gefällt werden.

Planverfahren:

- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB:**
 Die Gemeindevertretung hat die Aufstellung am 18.12.2017 beschlossen. Der Beschluss ist am 21.09.2018 ortsüblich bekannt gemacht worden.
- Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB:**
 Die Beteiligung der Öffentlichkeit wurde vom 24.09.2018 bis 19.10.2018 durchgeführt. Die ortsübliche Bekanntmachung erfolgte am 21.09.2018.
- Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB sowie Abstimmung mit den Nachbargemeinden gem. § 2 (2) BauGB:**
 Die Beteiligung und die Abstimmung wurden mit Schreiben vom 14.09.2018 durchgeführt.
- Öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und Dokumentation gemäß § 4a Abs. 4 BauGB:**
 Die Planunterlagen haben vom 11.02.2019 bis einschl. 15.03.2019 öffentlich ausgelegen.

Die ausgelegten Unterlagen konnten auch auf der Internetseite der Gemeinde im genannten Zeitraum eingesehen und heruntergeladen werden. Die ortsübliche Bekanntmachung erfolgte am 01.02.2019 im amtlichen Mitteilungsblatt. Diese Bekanntmachung wurde zusätzlich auf die Internetseite der Gemeinde gestellt.

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB:
 Die Beteiligung wurde mit Schreiben vom 07.02.2019 vorgenommen. Das Verfahren wurde gemäß § 4a (2) BauGB gleichzeitig mit der öffentlichen Auslegung durchgeführt.

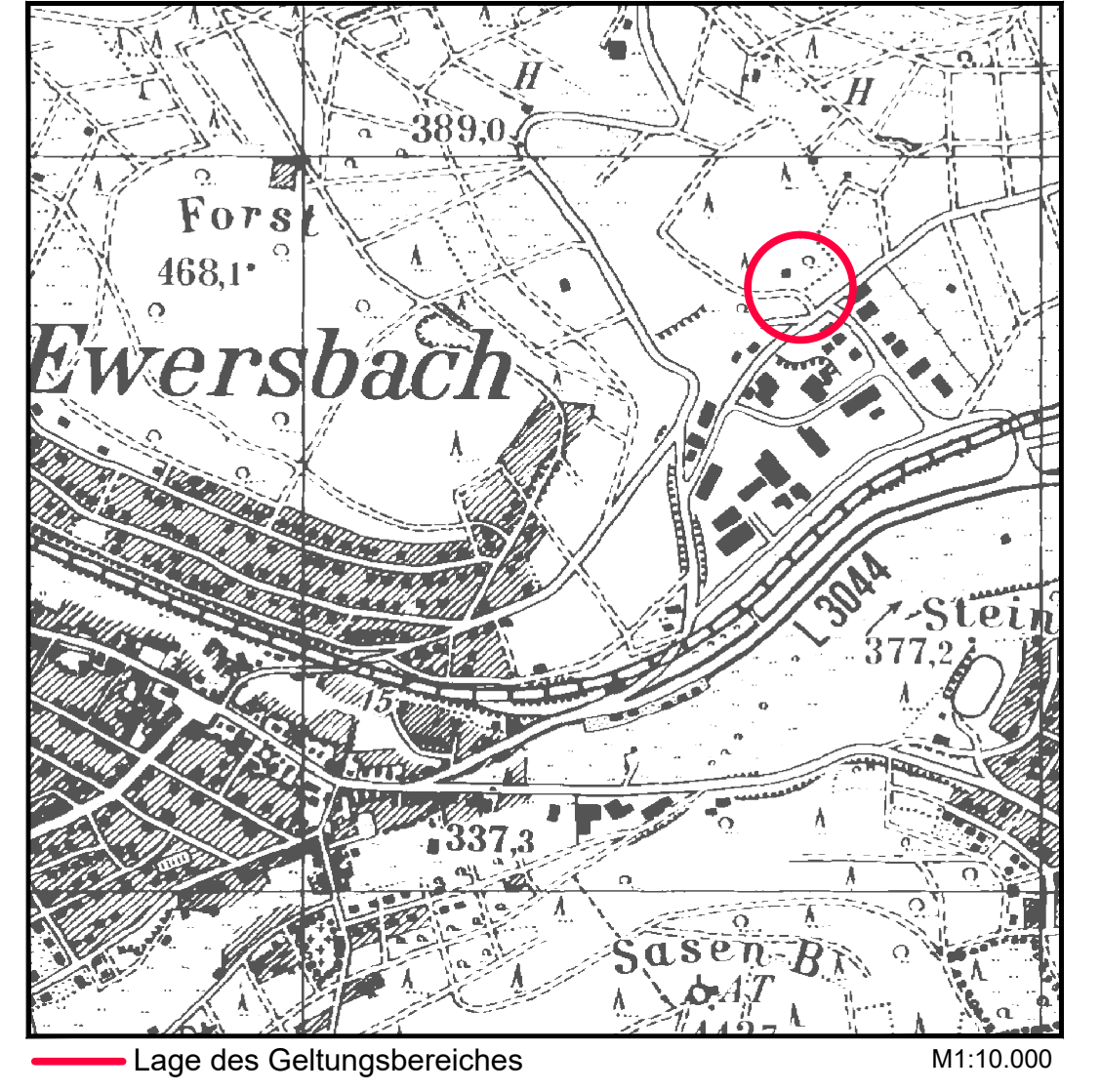
Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB und Orts- und Gestaltungssatzung gem. § 91 HBO Abs. 3 i.V.m. § 9 Abs. 4 BauGB:
 Die Gemeindevertretung hat am 15.05.2019 diesen Bebauungsplan mit der Begründung als Satzung beschlossen. Die Festsetzungen nach § 91 HBO Abs. 3 i.V.m. § 9 Abs. 4 BauGB wurden als Orts- und Gestaltungssatzung beschlossen.

Ausfertigungsvermerk und Bestätigung des Planverfahrens:
 Es wird bestätigt, dass der Inhalt dieses Bebauungsplanes mit den hierzu ergangenen Beschlüssen der Gemeindevertretung übereinstimmt und dass die für die Rechtswirksamkeit maßgebenden Verfahrensvorschriften und Dokumentationen eingehalten worden sind.
 Die Satzung des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung und den textlichen Festsetzungen, wird hiermit ausgefertigt.

Dietzhöztal,
 (Siegel)
 (Bürgermeister)

Bekanntmachung gem. § 10 (3) BauGB:
 Der Satzungsbeschluss wurde am ortsüblich bekannt gemacht. Damit ist der Bebauungsplan rechtskräftig geworden.

Dietzhöztal,
 (Siegel)
 (Bürgermeister)



Gemeinde Dietzhöztal
Bebauungsplan "Erweiterung In der Heg I"
 Gemarkung Straßebersbach

Satzung				
Bearbeitet:	I. Zillinger	Maßstab: 1:1.000	Stand:	15.05.2019
Gezeichnet:	Gawelek		Zeichnungsnummer:	1728/1
Geprüft:			Ersatz für:	